

«Die Sicherheit darf nicht zum Spielball politischer Interessen werden»

Gespräch mit Regierungsrätin Karin Keller-Sutter, Sicherheitsdirektorin des Kantons St. Gallen

Die St. Galler Sicherheitsdirektorin Karin Keller-Sutter unterstreicht die Notwendigkeit der Unterstützung der Kantone durch die Armee in schwierigen Lagen. Im Weiteren nimmt sie zu Fragen zur gegenwärtigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Situation Stellung.*

Frau Regierungsrätin, die Bundesratsparteien möchten die Armee von der Botschaftsbewachung ganz entlasten. Was halten Sie als kantonale Sicherheitsdirektorin von einer solchen Forderung?

Regierungsrätin Karin Keller-Sutter: Diese Forderung ist in wesentlichen Teilen bereits erfüllt. Das Parlament hat mit seinem Entscheid für die Verlängerung der Assistenzdienste eine massive Korrektur vorgenommen. Die partielle Entlastung der Armee von solchen Aufgaben entspricht auch einem Anliegen der kantonalen Sicherheitsdirektoren. Die Plattform der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) und des Verteidigungsdepartements (VBS) hat einen Lösungsansatz erarbeitet. So sollen von den gut 300 Personen, die zurzeit für die Botschaftsbewachung eingesetzt werden, noch rund 100 Armeeingehörige sein. Und diese sollen auf unseren Wunsch primär aus der Militärischen Sicherheit stammen. Die KKJPD hat klar zum Ausdruck gebracht, dass WK-Truppen wenn immer möglich nicht zum Einsatz kommen sollen. Dies ist eine markante Verbesserung, die allerdings noch nicht überall zur Kenntnis genommen worden ist. Die Armee soll aber so weit in die Botschaftsbewachung eingebunden bleiben, als dies zu Ausbildungszwecken nötig ist. Wenn subsidiäre Einsätze in schwierigen Lagen wirkungsvoll sein sollen, dann müssen vorgängig Erfahrungen aus der gegenseitigen Kooperation gewonnen worden sein. Nur dann kann der Bund seine gesetzlich festgelegten Unterstützungsaufgaben zugunsten der Kantone erfüllen.

Kantone brauchen Armee-Unterstützung
Könnte die Polizei solche Aufgaben innert kurzer Frist überhaupt in eigener Regie übernehmen?

Auch wenn man sich wie ich auf den Standpunkt stellt, dass der Schutz von Botschaften prinzipiell eine rein zivile Polizeiaufgabe ist, fehlen dafür zurzeit die entsprechenden Kräfte. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der Bund die Kantone für ihren Mehraufwand finanziell entlastet. Die Frage, ob die Polizei überhaupt in der Lage wäre, mit schwierigen Ereignissen aus dem Stand allein fertig zu werden, möchte ich folgendermassen beantworten: In einer Krisenlage könnte man gemäss Berechnungen, welche die kantonalen Polizeikommandanten gemacht haben, rund 800 Polizisten innert weniger Stunden aufbieten. Damit nähme man freilich eine Reduktion der polizeilichen Grundversorgung in den Kantonen in Kauf. Sollte sich ein solcher Einsatz über eine längere Zeit hinziehen, käme die Polizei bald an ihre Grenzen. Deshalb sind die Kantone auf die subsidiäre Unterstützung durch die Armee angewiesen: für den Schutz kritischer Infrastrukturen, die Verkehrsregelung und die Kontrolle von Zufahrtsstrassen.

Welches wären die Konsequenzen, wenn sich das Parlament dazu entscheiden sollte, künftig auf die Armee für vorhersehbare und dauerhafte subsidiäre Einsätze zu verzichten?

Damit kämen subsidiäre Einsätze nur noch bei unplanbaren Ereignissen in Frage. Ob dies wirklich im Sinn der Bundesverfassung ist, müsste noch geprüft werden. Die Folgen eines solchen Entscheides wären gravierend. So könnte etwa das Davoser Weltwirtschaftsforum nicht mehr durchgeführt werden. Die Polizeibestände reichen für seinen Schutz nicht aus. Auch auf die Durchführung anderer Grossanlässe müsste verzichtet werden, es sei denn, man fände sich dazu bereit, die Polizei auf solche Spitzenbelastungen auszubauen. Einen solchen Ausbau hat man aus politischen Gründen jedoch immer abgelehnt. Angesichts der veränderten Kriminalitätslage und gewisser gesellschaftlicher Veränderungen, die ebenfalls in der Schweiz vermehrt spürbar werden, besteht zwar ein grosser personeller Nachholbedarf; und die Kantone sind denn auch daran, ihre Polizeikräfte zu verstärken. Es wäre aber falsch, Bestände aufzubauen, die auf die Bewältigung von Grossereignissen ausgerichtet sind.

Mit den sieben Kernsätzen zur zivil-militärischen Kooperation hat die Plattform einen wichtigen Akzent gesetzt. Hat sie damit ihre Aufgabe erfüllt?

Nein, die Arbeit dieses institutionalisierten Gremiums geht weiter. Bereits konnte das Aufgabenfeld der Militärischen Sicherheit klar definiert werden. Jetzt wird es unter anderem darum gehen, Erkenntnisse aus dem Euro-08-Einsatz organisatorisch und ablauftechnisch umzusetzen. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren auf den Ebenen von Bund, Kantonen und Städten hat gut funktioniert. Die Optimierung dieser Strukturen ist ein Thema für die Plattform. Denn die Schaffung von Sicherheit ist eine Verbundaufgabe. Es wäre wenig folgerichtig, im Rahmen von Schengen mit dem Ausland zusammenzuarbeiten und gleichzeitig die Kooperation im Innern zu vernachlässigen.

Kann man die Militärische Sicherheit gleichsam als 27. Kantonspolizei sehen?

Nein, das ist sie nicht. Einer Polizeireserve mit militärischen Mitteln hätte ich nie zugestimmt. Anfänglich hatten die kantonalen Polizeikommandanten den Eindruck, die Militärische Sicherheit wolle in ihr Tätigkeitsgebiet vordringen. Die Plattform hat diese Frage aber geklärt, indem sie den Primat der zivilen Kräfte und die subsidiäre Rolle des Militärs unmissverständlich unterstrichen hat. In erster Linie erfüllt die Militärische Sicherheit Polizeiaufgaben in der Armee. Daneben werden Spezialisten dieses Kommandobereichs für die Kampfmittelbeseitigung und im Rahmen von Auslandengagements eingesetzt. Für mich als kantonale Sicherheitsdirektorin stehen die subsidiären Leistungen zugunsten der Kantone im Zentrum. Wenn Teile der Militärischen Sicherheit in schwierigen Lagen aus dem Stand zur Verfügung stehen müssen, dann sollten sie auch unter normalen Verhältnissen wie jetzt bei der Botschaftsbewachung mit der Polizei zu-

sammenarbeiten können. Überdies hat sich die Plattform darauf geeinigt, dass bei subsidiären Einsätzen der Armee zugunsten der Zivilbehörden Angehörige der Militärischen Sicherheit eingesetzt werden sollen. Bei Anschlägen, Naturkatastrophen oder schweren technischen Unfällen sollen sie als Bereitschaftstruppen der ersten Stunde die Polizei unterstützen. Die Militärische Sicherheit könnte kritische Infrastrukturen schützen, die Polizei damit entlasten und die nachrückenden Milizformationen ausbilden.

Fragen von Einsatz- und Führungsverantwortung in subsidiären Einsätzen werden auch diskutiert.

An und für sich sind diese Verantwortlichkeiten geregelt: Die Einsatzverantwortung liegt unterhalb der Kriegsschwelle bei den zivilen Behörden und die Führungsverantwortung bei der Truppe. Diskutiert wird aber die Frage, wann und unter welchen Umständen die jeweiligen Verantwortlichkeiten anzupassen wären. Einige Polizeikommandanten sind der Ansicht, dass das Militär in Katastrophensituationen die Führung zu rasch übernimmt. Diesen Sachverhalt wird man noch genauer unter die Lupe nehmen müssen. Zudem ist zu klären, wie man vorgehen soll, wenn mehrere Kantone von einem Ereignis betroffen sind. Bedeutet dies automatisch, dass dann der Bund die gesamte Führung übernehmen soll? Gerade mit Blick auf Operationen zur Raumsicherung sind solche Themenfelder noch eingehend zu beackern.

Sorge um den Zustand der Armee

Ich kann mir vorstellen, dass die Kantone die laufenden Armeediskussionen – auch mit Blick auf die Herbstsession der eidgenössischen Räte – mit einiger Sorge beobachten.

Persönlich beobachte ich das, was jetzt passiert, tatsächlich mit grosser Sorge. Mich bedrückt vorab die Gefahr, dass die Sicherheitspolitik als einer der zentralen Politikbereiche zu einem Spielball politischer Interessen wird. Das darf nicht geschehen. Was mich besonders betrübt, ist die Tatsache, dass die bürgerlichen Parteien vorderhand keinen gemeinsamen Weg finden, der Armee jene Mittel zu geben, die für die Auftrags-erfüllung nötig sind. Bei meinen Truppenbesuchen stelle ich fest, dass dies Kader und Soldaten zunehmend beschäftigt. Die Aufträge der Armee sind zwar plausibel, ich glaube aber, dass eine neue Lageanalyse nötig ist. So gesehen ist es jetzt die Pflicht von Bundesrat, Parlament und Kantonen, gemeinsam und unvoreingenommen an einen geplanten neuen Sicherheitsbericht heranzugehen. Nur so können die Armeeaufträge richtig gewichtet und allenfalls angepasst werden. Entscheidend wird aber sein, ob es gelingt, auch in finanzieller und materieller Hinsicht daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wenn die finanziellen Mittel den erteilten Aufträgen nicht entsprechen, muss man sich nicht wundern, wenn das System nicht funktioniert. In dieser Hinsicht ist schon jetzt ein kritischer Punkt erreicht worden.

Interview: Lz.

* Karin Keller-Sutter ist Vizepräsidentin der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren und Vertreterin der Kantone in der Plattform KKJPD/VBS.